



öffentlich

Betreff:

Einführung eines gemeinsamen Cashmanagements

Erstellungsdatum 10.02.2009

Eingang 902:

Einreicher: Fraktion CDU/ANW / FDP/Familienpartei/Die

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
04.03.2009	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam		

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Möglichkeit zur Einführung eines gemeinsamen Cashmanagements für die Landeshauptstadt Potsdam und ihre städtischen Beteiligungen zu prüfen.

Insbesondere ist zu prüfen, ob unter den gegenwärtigen Bedingungen des Finanzmarktes durch die Einführung eines solchen Managements finanzielle Vorteile für die Beteiligten zu erwarten sind. Darüber hinaus ist zu prüfen, welche städtischen Beteiligungen einbezogen werden können und wer das Cashmanagement für die Stadt übernehmen soll.

Über das Ergebnis der Prüfung ist der Stadtverordnetenversammlung im Oktober 2009 zu berichten.

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Entscheidungsergebnis

Gremium:

Sitzung am:

<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
<input type="checkbox"/> Lt. Beschlussvorschlag		<input type="checkbox"/> Beschluss abgelehnt		
<input type="checkbox"/> abweichender Beschluss DS Nr.:				
<input type="checkbox"/> zurückgestellt		<input type="checkbox"/> zurückgezogen		

überwiesen in den Ausschuss:

Wiedervorlage:

Entscheidungsergebnis:	
Gremium:	
Sitzung am:	
Beratungsergebnis:	
Gremium:	
Sitzung am:	
Beratungsergebnis:	

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Durch die Einführung eines gemeinsamen Cashmanagements wird ein Instrument zur Liquiditätssicherung der Landeshauptstadt Potsdam und ihrer Beteiligungsgesellschaften geschaffen. Damit können kurzfristige Liquiditätsengpässe innerhalb des „Konzerns Stadt“ ohne Kreditaufnahmen überbrückt werden. Die daraus resultierenden Zinsersparnisse kommen dem städtischen Gesamthaushalt zu gute.